

Horst Pöttker und Harald Bader

Gescheiterte Integration?

Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914

Wie sich Medien bei der Integration (oder Segregation) ethnischer Minderheiten verhalten, ist auch in der Rückschau eine bedeutsame Frage. Früheres Gelingen oder Scheitern des Zusammenlebens erlaubt nicht nur historisches Lernen, sondern vermittelt auch methodische und begriffliche Schärfung heutigen Zugangs. Unser kulturwissenschaftlicher Zugang zur Integration von Arbeitsmigranten vor 100 Jahren fragt danach, welchen Beitrag Medien bei der Verbindung der Teile einer Gesellschaft zu ihrem Ganzen (vgl. Pöttker 2005: 40f.) leisten oder versäumen können.

Das Beispiel der polnischen Einwanderer im Ruhrgebiet ist umso mehr für diese Frage geeignet, als die Ruhrpolen gern, insbesondere von Politikern, als Beleg für gelungene Integration herangezogen werden.¹ Doch taugen die Ruhrpolen zum Beweis erfolgreicher Integrationsgeschichte? Wir wollen uns besonders auf die Frage konzentrieren, welche Rolle Medien, damals fast ausschließlich die Presse, für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen deutscher Mehrheitsbevölkerung und polnischsprachiger Minderheit gespielt haben. Dabei geht es uns darum, wie sich die Medien von Mehrheit und Minderheit der Herausforderung Migration stellen und inwiefern sich Muster finden lassen, anhand derer heutige Medien Orientierung finden können.

1 Fragestellung und Methode

Das Standardwerk über die Ruhrpolen, die Habilitationsschrift des Sozialhistorikers Christoph Kleßmann (1978), hat bereits vor drei Jahrzehnten die Frage nach der Integration der polnischen Minderheit ins Zentrum der Analyse gestellt. Kleßmann nennt neben integrationsfördernden Faktoren wie der deutschen Staatsangehörigkeit der meisten Ruhrpolen, die nicht aus dem Aus-

1 So meinte Bundestagspräsident Norbert Lammert: „Die Integration der vielen polnischen Bergarbeiter ist damals nicht allein durch die Ökonomie gelungen, sondern, ohne großartige staatliche Programme, durch die Kultur – durch die Sprache und gemeinsame religiöse Orientierungen und kulturelle Traditionen“ („Apokalyptische Erfahrungen“ 2006: 191). Auch die Integrationsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Maria Böhmer, verweist auf Hugenotten und Ruhrpolen als historische Beispiele gelungener Integration (zum Beispiel Böhmer 2006: 212).

land, sondern aus den agrarischen Ostgebieten des damaligen Deutschen Reichs ins Bergbau- und Industrieviertel an der Ruhr eingewandert waren, auch eine Reihe von Umständen und Tendenzen, die desintegrativ gewirkt haben, etwa der durch die Teilung und fehlende Staatlichkeit Polens das ganze 19. Jahrhundert hindurch angeheizte polnische Nationalismus, der auf deutschen Chauvinismus traf. Pointierter als in seiner Habilitationsschrift hat sich Kleßmann später zur Frage des Gelingens oder Misslingens des Integrationsprozesses geäußert. Seine These war dabei, dass die nationale polnische Subkultur im Ruhrgebiet zunächst stabilisierend und langfristig assimilatorisch wirkte (Kleßmann 1984: 487).²

Kann man im Falle der Ruhrpolen wirklich von einem erfolgreichen Integrationsprozess sprechen? Dafür wird die Frage, wie viele der Migranten und ihrer Nachkommen in Deutschland geblieben sind und wie viele nicht, das wichtigste Kriterium sein. Von der Antwort auf diese Frage hängt dann die zweite ab, die auch für die heutige Medienpraxis von hohem Interesse ist: Wenn es sich um einen gelungenen Integrationsprozess handelt, dann können wir nach nachahmenswerten Strukturen und Praktiken in der damaligen Mainstream- und Ethnopresse schauen. Handelt es sich bei den Ruhrpolen dagegen um einen Fall von fehlgeschlagener Integration, dann müssen wir unser Augenmerk auf Strukturen und Praktiken richten, die Medien und Journalismus vermeiden sollten, wenn sie Integration fördern wollen.

Es ist unschwer einzusehen, dass sich unser Begriff einer Integration, durch die kulturelle Verschiedenheiten zwischen den das Ganze der Gesellschaft bildenden Bevölkerungssegmenten nicht angetastet werden, vom Begriff „Assimilation“, der kulturelle Homogenität zur Bedingung von gesellschaftlicher Ganzheit macht, wesentlich unterscheidet. Noch deutlicher wird dieser Unterschied, wenn man den Begriff der „Interkulturellen medialen Integration“ verwendet, den wir speziell auf die Thematik Medien und Migration zugeschnitten haben (vgl. Geißler 2005: 73-76). Diese Begrifflichkeit steht aber nicht nur in Kontrast zum Konzept der Assimilation, sondern auch zu dem der Segregation bzw. zu Vorstellungen, die im Hinblick auf Migranten und ethnische Minderheiten auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verzichten und stattdessen zum Beispiel allein den Begriff der (individuellen oder kulturellen) „Identität“ in den Mittelpunkt stellen. In jedem Integrationsansatz, auch in unserem bewusst nicht auf Homogenität, sondern auf wechselseitiges Wissen und Kommunikation über Verschiedenheit hinweg zielenden Konzept hat die Frage Priorität: Wie ist Gesellschaft möglich? Wir verbinden sie allerdings mit der Idee, dass die Identität des Individuums oder

2 Ähnlich argumentieren Micus/Walter (2006) – eine „Parallelgesellschaft“ trage zur schrittweisen Integration bei.

der Gruppe zu respektieren ist. In diese Betrachtungsweise spielt die Prämisse hinein, dass Gesellschaftlichkeit, die die Identität von Individuen oder Gruppen zerstört, auf die Dauer selbst keinen Bestand haben kann.

Was die Methode betrifft, passt sie sich den Gegenständen der einzelnen Abschnitte an. Im ersten Abschnitt, der Aufschluss geben soll, ob die Integration der Ruhrpolen erfolgreich verlaufen ist oder nicht, analysieren und interpretieren wir bereits vorhandene Daten, Dokumente und Literatur. In den beiden folgenden Abschnitten, die der Berichterstattung der deutschen Lokalpresse sowie der polnischen Ethnopresse nebst deren selektiver Übersetzung durch die deutsche Überwachungsbehörde gewidmet sind, stellen wir Ergebnisse einer eigenen, quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse von historischem Zeitungsmaterial vor. Im letzten Abschnitt schließlich deuten wir diese Analyseergebnisse aus interaktionistischer Perspektive im Hinblick auf den die Ruhrpolen betreffenden Integrationsprozess. Uns geht es dabei nicht um historische Medienkritik, sondern um strukturelle Einsichten, aus denen Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen sind.

2 Polnische Migranten im Ruhrgebiet

Von der Reichsgründung 1871 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 verzehnfachte sich die Menge der im Ruhrgebiet geförderten Steinkohle, während die Belegschaft der Zechen um rund das Siebenfache wuchs. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund brachten im Jahre 1870 52.160 Bergleute 11.813.000 Tonnen Kohle hervor, während es im Jahre 1913 bereits 401.715 Bergarbeiter und Grubenbeamte waren, die 110.765.000 Tonnen förderten. Damit war der Höchststand sowohl des Produktionsumfangs als auch der Produktivität im Ruhrbergbau erreicht, der zwischen 1914 und 1924 nicht wieder erreicht wurde, am wenigsten unmittelbar nach dem Krieg im Jahre 1919, als die Fördermenge rapide auf weniger als 70 Millionen Tonnen der für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Reparationsleistungen dringend benötigten Kohle sank (vgl. Kleßmann 1978: 263f.).

Das Industrialisierungswunder an der Ruhr wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von Polen aus den vier preußischen Ostprovinzen Posen, Schlesien, Westpreußen und Ostpreußen um besserer Lebenschancen willen ihre Heimat verlassen hätten und ins westfälische Bergbaurevier (ebenfalls preußisch) eingewandert wären. Über 99 Prozent der damaligen polnischen Migranten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit, sodass für die Identifizierung dieser ethnischen Minderheit neben dem eigenen Geburtsort oder dem der Eltern weiche und

wechselhafte Kriterien wie die Sprache oder die Religion³ herangezogen werden müssen. Keine großen Abweichungen zeigen sich zwischen den Datenangaben der deutschen und der polnischen Literatur, auch weil sich die beiden Standardwerke von Christoph Kleßmann hier, Krystyna Murzynowska (1979) da zum erheblichen Teil auf dieselben Quellen stützen.⁴ Ungeachtet diverser Unschärfen ergibt sich folgendes grobes Bild:

Jahr	Menschen polnischer Abstammung	Polnisch Sprechende (nach Kleßmann 1978)	Polnisch Sprechende (nach Murzynowska 1979)
1870	10		
1880	40		
1890	122	32	36
1900	333	127	143
1910	497	274	304 (preußische Statistik) 406 (Provinzialstatistik)
1912			457

Abbildung 1: Polen aus den deutschen Ostprovinzen im Ruhrgebiet (in Tausend)⁵

Neben der wesentlich höheren Angabe in der Provinzialstatistik zeigt sich hier eine gewisse Tendenz des deutschen Autors, die polnische Bevölkerung im Ruhrgebiet kleiner zu schätzen als die polnische Autorin.

Wenn man die zwischen 1910 und 1914 fortgesetzte Zuwanderungsbewegung berücksichtigt, ist anzunehmen, dass am Vorabend des Ersten Weltkriegs zwischen 450.000 und 550.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen lebten, davon eine überwältigende Mehrheit im Ruhrgebiet. Als Anhaltspunkt kann man sich etwa eine halbe Million Ruhrpolen am Höhepunkt der Zuwanderung merken, was dem Umfang der jüdischen Minderheit im gesamten Deutschen Reich entsprach.

3 Die polnischen Migranten waren durchgehend katholisch, während die einheimischen Westfalen jeweils zur Hälfte in Protestanten und Katholiken zerfielen. Eine Ausnahme bildete die in sich geschlossene Gruppe der protestantischen, monarchistisch eingestellten Masuren aus Ostpreußen, die etwa ein Drittel der Einwanderer stellte (vgl. Kleßmann 1978: 262).

4 Im Wesentlichen die zentralen statistischen Jahrbücher für den Preußischen Staat einerseits und die verwaltungsinternen Daten der Provinzen Westfalen und Rheinland andererseits, wobei es zwischen offizieller preußischer Statistik und Provinzialstatistik durchaus nennenswerte Abweichungen gibt.

5 Nach Kleßmann (1978: 37, 260) und Murzynowska (1979: 25, 30f.).

Kreise im Ruhrgebiet	1890		1910	
	absolut	%	absolut	%
Recklinghausen Stadt	716	5,1	12.404	23,1
Recklinghausen Land	3.988	5,8	40.847	15,7
Dortmund Stadt	626	0,7	9.722	4,5
Dortmund Land	1.699	2,2	26.024	12,2
Bochum Stadt	1.120	2,4	6.269	4,6
Bochum Land	2.038	2,7	10.834	9,0
Gelsenkirchen Stadt	1.930	6,9	15.065	8,9
Gelsenkirchen Land	7.964	7,1	25.383	17,7
Herne Stadt	2.121	15,2	12.364	21,6
Hamborn Stadt	27	0,6	17.432	17,1
Essen Stadt	211	0,3	3.805	1,3
Essen Land	1887	1,2	17.699	6,4

Abbildung 2: Polnische Bevölkerung (ohne Masuren und Doppelsprachige) in den polenreichsten Kreisen des Ruhrgebiets⁶

Die regionale Verteilung der polnischen Zuwanderung auf das Ruhrgebiet war ungleichmäßig. Das Zentrum der frühesten polnischen Arbeitsmigration in den 1870er-Jahren war Bottrop. Später konzentrierte sich die polnische Bevölkerung auf die Regionen um Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Essen, wobei der Anteil in den jeweiligen Landkreisen erheblich höher lag als in den Städten. Eine Ausnahme davon machte Recklinghausen, wo die Stadt 1910 mit 23,1 Prozent (12.000) den höchsten polnischen Anteil aller Kreise des Ruhrgebiets überhaupt hatte, während der Kreis Recklinghausen Land mit 15,7 Prozent relativ betrachtet darunter lag. Absolut gesehen lebten hier mit 41.000 allerdings mehr Polen als in jedem anderen Kreis des Ruhrgebiets, sodass Recklinghausen eindeutig den Schwerpunkt der polnischen Migranten bildete (vgl. Kleßmann 1978: 267). Die Kreise Recklinghausen Stadt und Land hatten 1910 zusammen 313.869 Einwohner, davon 53.251 Polen, also mehr als jeder sechste.⁷ Und mindestens 10 Prozent der Ruhrpolen lebten kurz vor dem Ersten Weltkrieg in Recklinghausen und Umgebung.

Hinsichtlich der Sozialstruktur der polnischen Minderheit ist bemerkenswert, dass in der Anfangsphase zwar überwiegend unverheiratete junge Männer oder verheiratete Bergleute ohne ihre Familien zuwanderten. Die rasche Zunahme des weiblichen Anteils an der polnischen Bevölkerung im Ruhrgebiet zeigt jedoch, dass viele ihre Bräute oder Familien bald nachziehen ließen

⁶ Nach Kleßmann (1979: 267).

⁷ Eigene Berechnungen nach den Angaben bei Kleßmann (1979: 267).

bzw. sich an Ort und Stelle mit Frauen verheirateten, die aus den Ostprovinzen stammten. 1907 betrug in den großen Städten der Frauenanteil unter den Zugewanderten aus Ostpreußen (Masuren) bereits 84 Prozent der Männer, unter den aus Westpreußen stammenden 68 Prozent und unter den aus Posen gekommenen immerhin 50 Prozent (vgl. Kleßmann 1978: 41). Bis zum Ersten Weltkrieg hatte ein weitgehender Ausgleich des Zahlenverhältnisses von Männern und Frauen unter den Ruhrpolen stattgefunden.

Jahr	Männer	Frauen	Frauen auf 100 Männer
1890	25.539	10.145	39,5
1900	88.745	53.969	60,8
1905	120.266	84.421	70,2
1910	171.892	131.930	76,7

Abbildung 3: Zahlenverhältnis von Männern und Frauen unter den im Ruhrgebiet lebenden Polen⁸

Gleichzeitig stieg der Anteil der im Ruhrgebiet geborenen Polen von knapp 7 Prozent 1890 auf über 32 Prozent 1910 (vgl. Murzynowska 1979: 33), und ähnlich wie bei den eingewanderten ethnischen Minderheiten heute war die Kinderzahl, die bei den Bergarbeitern ohnehin über dem Reichsdurchschnitt lag, bei den Polen und Masuren noch besonders hoch (vgl. Kleßmann 1978: 42).

Aus dem Gesamtbild dieser Daten lässt sich schließen, dass die große Mehrheit der am Vorabend des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet lebenden Polen ursprünglich nicht beabsichtigt hat, in den von Großgrundbesitz, ländlicher Stagnation, Massenarmut und Germanisierungspolitik (vgl. Broszat 1972: 129-172) geprägten Osten zurückzukehren, sondern in der sich dynamisch entwickelnden Bergbau- und Industrieregion an Rhein und Ruhr ihre Zukunftsperspektive sah. Besonders hoch war die Integrationsbereitschaft bei den Masuren, aber auch die Emigranten aus Posen, Westpreußen und Oberschlesien dürften in großer Mehrheit zu einem Leben im industrialisierten Westen entschlossen gewesen sein.

Die meisten haben diesen Entschluss auch in die Tat umgesetzt, allerdings bei weitem nicht alle dauerhaft im deutschen Industrieviertel an Rhein und Ruhr. Folgt man Kleßmann und Murzynowska, die sich dabei auf die offizielle preußische Statistik stützen, sinkt die Zahl der nur oder überwiegend polnischsprechenden Menschen mit Migrationshintergrund im Ruhrgebiet bzw. in den Provinzen Rheinland und Westfalen zwischen 1910 und 1925 rapide von

8 Nach Murzynowska (1979: 36).

304.000 auf 82.000 (vgl. Kleßmann 1978: 261), also auf nur noch etwa ein Viertel. Dies kann nicht allein oder im Wesentlichen auf den zwischenzeitlichen Erwerb der deutschen Sprache zurückgeführt werden, denn die Zahl der Zweisprachigen steigt in derselben Zeitspanne lediglich von 25.000 auf 54.000, also um 29.000, während die Zahl der nur polnisch Sprechenden dramatisch von 249.000 auf 15.000, also insgesamt 234.000 oder fast das Zehnfache der Zunahme der Zweisprachigen abstürzt.⁹

Tatsächlich ging die Zahl der im Ruhrgebiet lebenden Menschen mit polnischem Migrationshintergrund bis Mitte der 1920er-Jahre erheblich zurück, wobei exakte Angaben zum Umfang der Rück- und Abwanderungsbewegung aufgrund der Unterschiedlichkeit diverser statistischer Quellen „so gut wie unmöglich“ (Kleßmann 1978: 156) sind. Als wichtigster Grund dafür, dass viele ursprünglich durchaus integrationsbereite Polen das Ruhrgebiet wieder verließen, wird oft die Wiederherstellung des polnischen Staates betrachtet, aus der ein Optionsrecht für Polen deutscher Reichsangehörigkeit über 18 Jahren, die in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, resultierte. Die Frist für entsprechende Optionsanträge endete am 10. Januar 1922. Allen Personen, die bis dahin für Polen optiert hatten, stand es frei, innerhalb eines Jahres ihren Wohnsitz nach Polen zu verlegen. Dabei konnten sie ihr gesamtes bewegliches Vermögen zollfrei mitnehmen (vgl. Kleßmann 1978: 156).

Nach übereinstimmenden deutschen und polnischen Schätzungen lebten im Jahre 1921 noch etwa 300.000 bis 400.000 Menschen mit polnischem Migrationshintergrund im Rheinland und in Westfalen.

Die Führung der ruhrpolnischen Organisationen rechnete damit, dass von diesen rund zwei Drittel vom Optionsrecht Gebrauch machen würden. Realistischer beurteilte der Bochumer Polizeidirektor die Situation. Er schätzte die Zahl der Optanten auf 100.000-150.000 (Kleßmann 1978: 157).

Tatsächlich reduzierte sich die Gesamtzahl der Polen im Ruhrgebiet bis 1923 auf ca. 230.000, wie von der polnischen Gesandtschaft geschätzt wurde, und bis 1929 nach Angaben des polnischen Konsulats in Essen auf ca. 150.000, also höchstens ein Drittel der vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Zahl.¹⁰ Auch wenn dabei erhebliche statistische Unschärfen in Kauf zu nehmen sind, ist also von einem sehr starken Rückgang der polnischen Bevölkerungsgruppe

⁹ Eigene Berechnungen nach den Angaben bei Kleßmann (1978: 261).

¹⁰ Vgl. Kleßmann (1978: 165). Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, dass die „Kriterien, wer als Pole, wer als Masure gezählt und wer zu Deutschen gerechnet wurde“ (Kleßmann 1978: 165) in den 1920er-Jahren sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite zu verschwimmen beginnen.

infolge Abwanderung auf einen Bruchteil ihrer Stärke vor dem Ersten Weltkrieg im Laufe der 1920er-Jahre auszugehen.

Der Regierungspräsident von Arnsberg beklagte sich Ende 1922 darüber, dass die Abwanderung der Polen mit wirtschaftlichen Problemen für den Ruhrbergbau und Deutschland insgesamt verbunden war, weil das plötzliche Fehlen von Hauern die Kohleförderung nachhaltig negativ beeinflusste (vgl. Kleßmann 1978: 162). Es ist jedoch ein Irrtum, wenn diese Probleme und die sie bewirkende Unwilligkeit vieler Ruhrpolen, in Deutschland zu bleiben, auf eine Rückkehrwelle nach Polen zurückgeführt wird, die durch die Besinnung auf die nationale Identität infolge der Restitution des polnischen Staats hätte motiviert sein können. Denn die durch das Optionsrecht ausgelöste Rückkehrwelle war erheblich niedriger, als sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite erwartet worden war. Kleßmanns realistische Abschätzung der verfügbaren statistischen Quellen ergibt eine Größenordnung von 30.000 bis höchstens 40.000 Optanten inklusive Familienmitgliedern für Polen im gesamten Ruhrgebiet.

Diese relativ niedrige Zahl dürfte nicht zuletzt auf die öffentlich von der polnischen Regierung verbreitete Aufforderung zurückzuführen sein, nur diejenigen sollten für Polen optieren, die bis zum 10. Januar 1923 tatsächlich nach Polen zurückkehren wollten, alle übrigen sollten dagegen ihre deutsche Staatsbürgerschaft behalten (Kleßmann 1978: 159).

Im Übrigen hatte die polnische Regierung wenig für die Rückkehr der Optanten getan, sodass die Zahl der tatsächlichen Remigranten noch erheblich unter derjenigen lag, die von ihrem Optionsrecht formal Gebrauch gemacht hatten.

Stattdessen spricht alles dafür, dass der rapide Rückgang der ruhrpolnischen Bevölkerung in den 1920er-Jahren auf die Ab- bzw. Weiterwanderung vieler unzufriedener Bergleute und ihrer Familien nach Lothringen und in andere französische und belgische Grubenreviere, wahrscheinlich in einem kaum abzuschätzenden Umfang aber auch in die USA, zurückzuführen ist (vgl. Abb. 4).

Jahr	Polnische Bevölkerung im Ruhrgebiet	Abwanderung bis dahin	Davon in die polnische Heimat	Davon nach Frankreich, Belgien, USA
1914	500	50	20	30
1921	350	150	80	70
1923	230	270	70	200
1929	150	350	40	310

Abbildung 4: Abwanderung der polnischen Minderheit aus dem Ruhrgebiet in den 1920er-Jahren (in Tausend)¹¹

Nimmt man mit Kleßmann an, dass die Gruppe der in Deutschland bleibenden, hier gut integrierten Ruhrpolen Ende der 1920er-Jahre „nur noch rund ein Drittel des Vorkriegsstandes ausmachte“ (Kleßmann 1978: 193), von den übrigen aber höchstens 40.000 nach Polen zurückkehrten, dann ergibt sich die Schlussfolgerung, dass mindestens die Hälfte, also rund 250.000 Polen, im Laufe der 1920er-Jahre aus dem Ruhrgebiet in andere hoch industrialisierte Länder wie Frankreich, die USA oder Großbritannien, zu einem gewissen Teil möglicherweise auch in andere deutsche Regionen weitergewandert sind.

Fragt man nach den Motiven dafür, ergibt sich ein Bündel von infrage kommenden Faktoren, etwa die Anfang der 1920er-Jahre schlechte gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland, Bergbaukrise und Ruhrbesetzung sowie die Anwerbung durch die französischen Grubensyndikate, die im Dezember 1921 im Schutz der französischen Rheinlandtruppen in Duisburg sogar ein reguläres Werbebüro eingerichtet hatten (vgl. Kleßmann 1978: 162). Allerdings hatte es schon „vor dem Ersten Weltkrieg [...] in den nordfranzösischen Städten Barlin, Lens, Lalange, Dechy und D’Arenberg etwa 12.000 aus dem Ruhrgebiet stammende polnische Bergarbeiter gegeben“ (vgl. Kleßmann 1978: 161), zu einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte und ohne die sonstigen, durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg verursachten, schwierigen Bedingungen in Deutschland. Für das Problem der massenweisen Ab- und Weiterwanderung der Ruhrpolen, das die deutsche Wirtschaft unmittelbar tangierte und unter diesem Aspekt auch von den Ministerien und Regierungspräsidenten diskutiert wurde, zumal die qualifizierten polnischen Bergarbeiter kurzfristig nicht ersetzbar waren (vgl. Kleßmann 1978: 152f.), muss es daher noch weitere Gründe geben. Einen entscheidenden Hinweis darauf gibt Kleßmann schon 1978, indem er im Zusammenhang mit den erfolgreichen Anwerbeaktionen der französischen Grubensyndikate im besetzten Ruhrgebiet auf einen „fatalen Zirkelmechanismus“ hinweist:

¹¹ Nach Kleßmann (1978: 161-168).

Die Erfahrung der feindseligen Haltung der deutschen Bevölkerung bestimmte offenbar etliche Polen, dem Werben der Besatzungsmacht nachzugeben, jeder bekannt gewordene Einzelfall verschärfte andererseits das bestehende Misstrauen gegenüber den Polen insgesamt (Kleßmann 1978: 164).

Bei der Frage, wie es zu der feindseligen Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Polen kam, wird man auch untersuchen müssen, ob überhaupt und gegebenenfalls wie die polnische Minderheit in der deutschen Presse schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg dargestellt wurde und wie die eigene Presse der Polen darauf reagiert hat. Das soll im Folgenden geschehen.

Vorher sei jedoch festgehalten, dass man angesichts des offenkundigen Mangels an Bleibebereitschaft bei vielen Ruhrpolen in den 1920er-Jahren hier kaum von einer erfolgreichen Integration sprechen kann. Als gelungener Integrationsprozess stellt sich die Eingliederung der Ruhrpolen in die deutsche Gesellschaft nur dann dar, wenn man sie von heute aus, also aus der *Perspektive der Dagebliebenen*, betrachtet. Zudem war der geschrumpfte Rest der Ruhrpolen, soweit er noch an der polnischen Sprache und anderen kulturellen Identitätsmerkmalen festhielt, unter der NS-Diktatur einem starken Assimilationsdruck ausgesetzt. „Tatsächlicher und potentieller Terror, aber stellenweise auch die Anziehungskraft der Volksgemeinschaftsideologie trugen dazu bei, den Assimilationsprozess erheblich zu beschleunigen“ (Kleßmann 1978: 194). Man kann also allenfalls von einer am Ende durch Zwang beschleunigten Assimilation einer Minderheit der Ruhrpolen sprechen, während die Mehrheit der Migranten nicht zuletzt aufgrund ihrer mangelnden Integration Deutschland wieder verlassen hat, was für die deutsche Gesellschaft insgesamt vor allem ökonomische, aber auch politische Probleme mit sich gebracht hat. Betrachtet man den Prozess nicht vom Ende, sondern *vom Anfang her*, handelt es sich um ein Beispiel für *fehlgeschlagene Integration*, von dem vor allem zu lernen ist, welche Fehler gemacht werden (können), wenn es gilt, Migranten und andere ethnische Minderheiten in eine moderne Gesellschaft einzubeziehen. Als Verantwortliche für solche Fehler kommen im Prinzip alle gesellschaftlichen Institutionen in Betracht, von der Politik über Wirtschaft und Bildung bis zur Kultur. Im Folgenden soll von den *Medien* und ihren typischen Fehlern in Integrationsprozessen am Beispiel der Ruhrpolen vor dem Ersten Weltkrieg die Rede sein.

3 Die Ruhrpolen in der deutschen Lokalpresse

Eine halbwegs systematische Analyse, welches Bild die Presse der deutschen Mehrheitsgesellschaft, insbesondere die Regional- und Lokalzeitungen, von der

polnischen Minderheit gezeigt hat, gibt es bisher nicht. Wenn diese Presse als Quelle für historische Studien über die Ruhrpolen verwendet wird, wie es zum Beispiel Burghardt (2000) getan hat, dann werden lediglich einzelne Artikel zur Illustration bestimmter Aspekte herangezogen, etwa zur Frage der Seelsorge in polnischer Sprache und damit zusammenhängenden Kirchenvorstandswahlen oder Ernennungen von Geistlichen (vgl. Burghardt 2000: 407f).

Für eine systematische Inhaltsanalyse bietet es sich an, die *Recklinghäuser Zeitung* auszuwählen, die in dem uns interessierenden Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg täglich als *Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Recklinghausen* vom Verlag J. Bauer herausgegeben wurde, nachdem sie vom 7. März 1831 bis zum 15. Mai 1895 als *Wochenblatt für den Kreis Recklinghausen* erschienen war. Denn Recklinghausen war die „polenreichste Stadt“ im Ruhrgebiet und hat sich auch selbst so bezeichnet. Wenn also die polnische Minderheit in der Lokalpresse thematisiert worden ist, dann sind Belege dafür vor allem in dieser Zeitung zu erwarten.

Stadt- und Landkreis Recklinghausen hatten 1910 zusammen etwa 314.000 Einwohner. Davon waren 53.000 oder 17 Prozent Polen, die sich in den Siedlungen der Zechen „Clerget“ (Recklinghausen I), „General Blumenthal“ und „König Ludwig“ im Bereich Recklinghausen-Süd ballten, in den der Stadtteil Recklinghausen-Bruch 1904 umbenannt worden war. „Clerget“ und „König Ludwig“ gehörten zu den so genannten „Polenzechen“ mit über 50 Prozent polnischer Belegschaft, an der Spitze lag „König Ludwig“ mit 80 bis 85 Prozent, während auf „General Blumenthal“ etwa ein Drittel aus dem Osten zugezogene Bergleute beschäftigt waren (vgl. Burghardt 2000: 403-405).

Genaue Zahlen zur damaligen Auflage der *Recklinghäuser Zeitung* liegen nicht vor. Einer Eigenanzeige vom November 1912 zufolge hatte sie zu diesem Zeitpunkt notariell geprüfte 12.516 Abonnenten (vgl. *Recklinghäuser Zeitung*, 16.11.1912). Vermutlich wird der Anteil polnischer Leser gering gewesen sein, da die Zuwanderer über eine eigene Presse in polnischer Sprache verfügten. Laut der Eigenanzeige gab es in den Polenbezirken Recklinghausen-Süd und „König Ludwig“ nur geringen Postbezug der Zeitung. Zieht man den Polenanteil an der Gesamtbevölkerung von Stadt und Land Recklinghausen ab und berücksichtigt die damals erheblich höhere Zahl von Personen pro Haushalt, wird die *Recklinghäuser Zeitung*, die sich selbst als das verbreitetste Blatt der Region bezeichnete, von mindestens einem Drittel, höchstens der Hälfte der etwa 250.000 Menschen umfassenden deutschen Bevölkerung Recklinghausens mehr oder weniger regelmäßig und intensiv gelesen worden sein. Für das Wissen der einheimischen Mehrheit über die polnischen Migranten und für ihre Einstellungen zu dieser ethnischen Minderheit, und das heißt für die Qualität des hier infrage stehenden interkulturellen Integrationsprozesses, kommt der Berichterstattung dieses Blattes also eine erhebliche Bedeutung zu.

Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, den Inhalt der *Recklinghäuser Zeitung* in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg so genau und systematisch wie möglich daraufhin anzuschauen, ob und wie die polnische Migration ins Ruhrgebiet und die Ruhrpolen als ethnische Minderheit darin vorkommen.¹² Als Gegenstand dieser Lektüre haben wir per Zufallsauswahl einen künstlichen Monat des nicht von dramatischen außen- oder innenpolitischen Krisen geprägten Jahres 1912 ausgewählt. Denn es kommt bei der Frage, ob integrationsfördernd über die Ruhrpolen berichtet worden ist oder nicht, vor allem auf den Alltag an – den Lebensalltag der ethnischen Minderheit wie der deutschen Mehrheit, aber auch den beruflichen Alltag der damaligen Lokaljournalisten.



Abbildung 5: Kopf der *Recklinghäuser Zeitung*

Der Entschluss zu einer systematischen Inhaltsanalyse mag obsolet gewesen sein. Denn der erste und wichtigste Eindruck ist, dass die polnische Minderheit, obwohl sie doch fast 20 Prozent der Menschen in der Region ausmacht, über die berichtet wird, im umfangreichen Lokalteil der *Recklinghäuser Zeitung* kaum explizit vorkommt. Im durchaus vorhandenen, in manchen Ausgaben

12 Im Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, einer der größten deutschen Zeitungssammlungen, waren die Jahrgänge um 1900 dieser durchaus exemplarischen und insofern bedeutenden Lokalzeitung des rheinisch-westfälischen Industriereviere bisher nicht archiviert. Dankenswerterweise hat das Medienhaus Bauer uns seine Mikrofilme zur Verfügung gestellt.

geradezu opulenten redaktionellen Lokalteil „Stadt- u. Landkreis Recklinghausen“ wurde nach expliziten Erwähnungen der polnischen Minderheit gesucht, ohne fündig zu werden, wenn man nicht das gelegentliche Auftauchen slawischer Namen¹³ in Meldungen über Unglücks- und Kriminalfälle dazu zählen will. Eine das Persönlichkeitsrecht schützende berufsethische Regel, nach der in solchen Fällen nicht identifizierend berichtet werden soll, hat es in der journalistischen Kultur damals offenbar noch nicht gegeben. Am 19. Januar heißt es zum Beispiel im Lokalteil:

Waltrop, achtzehnter Jan. Auf der Zeche Waltrop verunglückte gestern bei seinen Berufsarbeiten der Bergmann Karl Zicharski. Er erlitt einen Beinbruch und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Eine explizite Thematisierung von Problemen oder auch nur der Anwesenheit der polnischen Minderheit dagegen findet nirgends statt, auch nicht dort, wo sie aufgrund von Gegenstand oder Ort der Berichterstattung zu erwarten wäre. Kein Wort beispielsweise über den ökonomischen Hintergrund der Arbeitsmigration. Und anstatt Probleme des Zusammenlebens offen anzusprechen, werden diese zwischen den Zeilen versteckt. Durch die bloße Erwähnung des Namens wurden den Lesern Schlüsse über die Ruhrpolen nahegelegt, wie in folgendem Bericht (18. Februar 1913):

Recklinghausen Süd, 18. Febr. Seit Wochen fiel es einigen Hühnerbesitzern an der Farnstraße sehr auf, daß ihre Hühner trotz warmen Ställen und guter Fütterung, bester Pflege und milder Witterung nur wenig Eier legten. Obwohl die Tiere sehr lebhaft gackerten, in der Regel ein Zeichen fleißigen Eierlegens, hatte man beim Durchsuchen der Ställe selten den erwarteten Erfolg. Gestern klärte sich plötzlich diese dunkle Angelegenheit auf. Als der Bergmann Karl Gläser gestern mittag in seinem Stalle nachsehen wollte, wieviel Eier seine Hühner gelegt hatten, traf er den Eiermarder in Gestalt des schulpflichtigen Riaseczy, Farnstraße 19 wohnend, bei frischer Tat. Er hatte das frisch gelegte Ei in der Hand, ließ es aber fallen und wollte dann durch die mit einem Lattengerüst versehene Tür ins Freie dringen, woran ihn aber Gläser hinderte. Als man nun den Uebeltäter fragte, wie er in den Stall komme und was er da wolle, gab er prompt zu Antwort, er habe sich verstecken wollen, andere Jungen wollten ihn verhauen. Nach und nach erst bequemte er sich, einzugestehen,

13 Eine ergänzende Vollerhebung des ersten Quartals 1913 der *Recklinghäuser Zeitung*, für die wir Sarah Hubrich danken, hat ergeben, dass von 183 Meldungen mit vermutlichem Polenbezug dieser in 167 Fällen nur aus slawischen Namen abzuleiten ist, das Wort „polnisch“ also Seltenheitswert hat.

daß er schon mehrmals Eier aus dem Stalle geholt habe, auch habe er schon Eier von der Mühle bei Pötter geholt, wobei er denn noch einige Mittäter nannte. – Man braucht sich nicht sehr über die Verschlagenheit und Verlogenheit dieser Lümmel zu wundern, wenn man sieht, daß sie sich bis 9 und 10 Uhr abends, Zigaretten rauchend und allerlei Unfug treibend, in den Straßen herumtreiben. Die größte Schuld trifft die Eltern, und sie werden sich ihrer Verantwortlichkeit wieder besser bewußt werden, da Anzeige erstattet und Strafantrag gestellt wurde.

Dem zeitgenössischen Leser wurde selbst überlassen, welche Ressentiments er aus dieser Art von Erfüllung der journalistischen Chronistenpflicht zu ziehen hatte. Dass in Artikeln über den besonders polenreichen Ortsteil Recklinghausen-Süd soziale Themen, etwa die Einrichtung eines Kinderheims (RZ, 03.04.1912) oder die Freigabe eines Feuerwehrübungsplatzes für Sportaktivitäten „an Sonntagnachmittagen für den katholischen Jünglingsverein“ (RZ, 03.04.1912), ohne explizite Nennung der Migranten aufgegriffen wurden, sodass das kundige Publikum den ethnischen Hintergrund nur ahnen konnte, haben wir so häufig gefunden, dass die Interpretation als mehr oder weniger bewusste redaktionelle Tabuisierung sich aufdrängt.

Kennzeichnend für das Publikum werden die Migranten vor allem dort, wo es unvermeidlich ist, nämlich in den „Zivilstands-Nachrichten“ der Standesämter und der umfangreichen und offiziellen Berichterstattung über Stadtverordnetenversammlungen und Gremienwahlen, bei denen die Polen mit eigenen Listen antraten. So gibt das Standesamt Recklinghausen-Süd am 03.04.1912 folgende Geburten bekannt:

Ein Sohn: Eisenbahnwerkstättenarbeiter Andreas Zalcsinski, Bergm. Wilhelm Jentoch, Bergm. Aegidius Lurzak, Bergm. Adalbert Kowalzewski, Bergm. Johann Matcia, Bergm. Johann Madry, Buchhändler Stanislaus Starkicwicz;

Eine Tochter: Bergm. Vinz. Garca, Holzarbeiter Johann Janczyk, Eisenbahnarbeiter Peter Reckhemke, Anstreicher Rudolf Kieszlich, Bergm. Joh. Machinski, Schlosser Wilhelm Koch, Bergm. Josef Giezek, Bergm. Joh. Elsner, Bergm. Franz Szudra, Bergm. Franz Stachorski, Bergm. Andreas Bartkiewicz.

Die amtliche Mitteilung vermittelt einen zutreffenden Eindruck von der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in diesem Ortsteil, während die journalistische Lokalberichterstattung ihn vermissen lässt. Die andere Variante ist die Erwähnung polnischer Organisationen in Mitteilungen über Wahlergeb-

nisse. In einem zitierenden Bericht über eine öffentliche Stadtverordneten-sitzung war zu lesen:

Am sechsten und siebten Dezember vorigen Jahres fanden die Neuwahlen sämtlicher Beisitzer der Kammer Ost-Recklinghausen des Berggewerbegerichts statt. Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern betrug rund 50 Prozent. Von den gewählten Arbeitern gehören fünf dem Verbands Deutscher Bergarbeiter, drei der Polnischen Vereinigung und eins dem Verbands christlicher Bergarbeiter an. Von den früheren Arbeiterbeisitzern ist keiner wiedergewählt worden (RZ, 03.04.1912).

Das ist dann aber auch alles. Zur Nichtthematisierung der polnischen Ethnizität im Lokalteil gehörte, dass diese wie oben erwähnt in der Berichterstattung über Straftaten und Unfälle nur durch Namensnennung in Erscheinung trat. Eine explizite ethnische Kennzeichnung von Tätern oder Tatverdächtigen fand in aller Regel nicht statt. Die Richtlinie 12.1 des heute geltenden Pressekodex, die Journalisten grundsätzlich verbietet, die Zugehörigkeit von Kriminellen zu Minderheiten zu erwähnen, um Diskriminierungen vorzubeugen, wäre nach unserem Eindruck damals nicht nötig gewesen, sie wurde wegen der allgemeinen Tabuisierung des Themas polnische Migration ohnehin befolgt. Darin mag man sogar ein integrationsförderndes Moment sehen, wobei allerdings fraglich bleibt, ob nicht die Leser aufgrund des örtlichen oder sachlichen Zusammenhangs von berichteten Straftaten bewusst oder unbewusst assoziative Vermutungen hatten, die auch unzutreffend gewesen sein können. Aus diesem Grund ist auch heute noch gegenüber einer Antidiskriminierungsregel, die bestimmte Formulierungen kontextunabhängig ausschließt und dem Journalisten keinen Verantwortungsspielraum lässt, Skepsis angebracht.¹⁴

Wo durch Namensnennung polnische Ethnizität zu vermuten ist, fällt den Genannten in der Berichterstattung ganz überwiegend die Rolle von Tätern oder Beschuldigten zu, hier für das erste Quartal 1913 (vgl. Abb. 6):

¹⁴ Vgl. die Beiträge von Mohr/Bader/Wicking, Müller und Pöttker in diesem Band.

Art des Berichts (Rolle)	Anzahl	Anteil
Gerichtsbericht (Beschuldigter)	35	19,1%
Gerichtsbericht (Geschädigter)	3	1,6%
Polizeibericht (Beschuldigter)	45	24,6%
Polizeibericht (Geschädigter)	19	10,4%
Unfallbericht (Verletzter)	61	33,3%
sonstige	20	10,9%
Summe	183	100,0%

Abbildung 6: Slawische Namen (vermutliche Polen) in der *Recklinghäuser Zeitung* vom 01.01.-31.03.1913

Um dies als endgültigen Nachweis einer negativen Stereotypisierung betrachten zu können, wären allerdings Vergleiche mit der sozialen Realität (wie groß war der Anteil der polnischen Minderheit an der tatsächlichen Kriminalität?) und mit den entsprechenden Rollen von Trägern deutscher Namen in der Berichterstattung notwendig.

Da um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit dem Aufkommen von Film und Kino sowie der drucktechnischen Tauglichkeit der Fotografie ein Medienumbruch stattfand, der auf eine zunehmende Visualisierung öffentlicher Informations- und Unterhaltungsangebote hinauslief, haben wir nicht nur Texte gelesen, sondern uns auch die optische Gestaltung der *Recklinghäuser Zeitung* angeschaut. Vielleicht kamen die polnischen Migranten hier vor? Fotografien gab es 1912 in der *Recklinghäuser Zeitung* noch nicht, aber in allen Ressorts, vor allem der internationalen Politik, mit dem auch schon damals eine deutsche Lokalzeitung wie die *Recklinghäuser* meistens aufmachte, zahlreiche Zeichnungen und Karten. In den 24 Ausgaben¹⁵ des zufällig ausgewählten künstlichen Monats 1912 haben wir insgesamt 109 solche Illustrationen gefunden, durchschnittlich 4,5 pro Ausgabe. Keine davon befasst sich in irgendeiner Weise auch nur entfernt mit dem Thema polnische Migration, obwohl das angesichts zahlreicher gezeichneter Personenporträts und Kartenübersichten durchaus möglich gewesen wäre. Die Nichtthematisierung im Text setzt sich also in der leicht fasslichen Optik fort. Allenfalls bei den Anzeigen Dritter finden sich gelegentlich groß gedruckte polnische oder jedenfalls slawisch klingende Firmennamen, aber das gehört nicht zur Wahrnehmung der ethnischen Minderheiten durch den damaligen Lokaljournalismus der Mehrheit, sondern zur öffentlichen Selbstpräsentation der Minderheit. Wenn jemand die Tabuisierung der zugewanderten ethnischen Minderheit in der lokalen Öffentlichkeit der Mehrheitsgesellschaft durchbricht, dann sind es nicht Journalisten, sondern

¹⁵ Die *Recklinghäuser Zeitung* erschien sechsmal in der Woche.